

Arbeitslosigkeit durch Ausländerzustrom

Fakten stimmen, sind aber unglücklich verquickt

Eine Lokalzeitung veröffentlicht unter der Überschrift „Arbeitslosigkeit – teuer wie noch nie“ einen Artikel über das Thema „Arbeitslosigkeit“. Immer stärker belastet der anhaltende Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen den Sozialstaat, schreibt der Autor. Er strapaziert die Hilfswilligkeit und Opferbereitschaft der Bevölkerung zusätzlich. Ein Deutsch-Internationaler Verein legt den Beitrag dem Deutschen Presserat zur Prüfung vor. Er enthalte falsche Tatsachenbehauptungen und schüre unterschwellig Ausländerfeindlichkeit. Die Chefredaktion des Blattes weist in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass die Bundesrepublik eine wesentlich höhere Zahl von Zuwanderern aufnehme als andere Länder. So beherberge Deutschland z.B. heute bereits doppelt so viele Ausländer wie Frankreich. Die Berichterstattung stütze sich auf die genannten Tatsachen. Der starke Zustrom von Zuwanderern gebiete es – gerade auch im Hinblick auf die Massenarbeitslosigkeit und die für jedermann offenkundige Überbelastung der Sozialsysteme in Deutschland -, eine kritische Bestandsaufnahme vorzunehmen. (1998)

Nach Meinung des Presserats sind die in dem Artikel veröffentlichten Fakten nicht zu beanstanden, da alle Angaben der Realität entsprechen. Gleichwohl kommt er zu dem Schluss, dass in dem Beitrag auf äußerst unglückliche Weise Fakten miteinander verquickt werden. So erscheint es fraglich, ob Themen wie Arbeitslosigkeit, Asylbewerber und Sozialhilfebezieher dazu geeignet sind, gemeinsam in einem Artikel aufgearbeitet zu werden, da dadurch ein die Realität verzerrendes Gesamtbild entstehen kann. Da damit aber nicht Ziffer 2 des Pressekodex verletzt wird, weist der Presserat die Beschwerde als unbegründet zurück.

Aktenzeichen:B 11/98

Veröffentlicht am: 01.01.1998

Gegenstand (Ziffer): Sorgfalt (2);

Entscheidung: unbegründet